



Die Landwirte Josef Scheuerer und Willi Lichtinger mit den Landräten Josef Laumer und Peter Dreier, den Bundestagsabgeordneten Alois Rainer und Erhard Grundl sowie den Bürgermeistern Herbert Lichtinger (Geiselhöring) und Hans Grau (Laberweinting) bei der Gesprächsrunde in Pullach. Foto: Wenzel Neumann

# Laumer: „Brauchen wir die Leitung?“

## Stromtrasse Süd-Ost-Link: Politiker im Gespräch mit betroffenen Landwirten

**Pullach.** (wn) Das abseits der Kreisstraße SR 51 gelegene landwirtschaftliche Gut von Landwirt Josef Scheuerer in Pullach (Stadt Geiselhöring) war schon mehrmals Treffpunkt verschiedener Politiker und Landwirte der Region, die mehr über die Sorgen und Nöte der Landwirte erfahren wollten. Beim Treffen am Mittwoch waren auch die beiden Landräte Josef Laumer (Kreis Straubing-Bogen) und Peter Dreier (Kreis Landshut) sowie die beiden Bundestagsabgeordneten Alois Rainer (CSU) und Erhard Grundl (Bündnis 90/Die Grünen) zu Gast. Wieder ging es um das Thema Stromtrasse Süd-Ost-Link.

Hausherr Josef Scheuerer aus Pullach und sein Mitstreiter Willi Lichtinger aus Obergraßfing freuten sich, dass zu der über einstündigen Gesprächsrunde in der Maschinenhalle auch die Bürgermeister Herbert Lichtinger (Geiselhöring), Hans Grau (Laberweinting) bzw. der leitende Regierungsdirektor a. D. Herbert Wenk aus Niederaichbach gekommen waren.

### „Wir könnten heute schon viel weiter sein“

Lichtinger konnte nicht verstehen, warum die Partei „Die Grünen“ dem Vorhaben von Tennet zugestimmt hat. Josef Scheuerer stellte fest, dass die Politik die Energiegewinnung wolle, die Umsetzung dieses gigantischen Projekts aber nicht mit Herzblut verfolge. „Wir könnten heute schon viel weiter sein. 10H ist ein politisches Versagen, das

uns noch auf die Füße fallen kann, wenn wir jetzt nicht mit dem Kopf anschieben.“ Nur eine dezentrale regionale Stromversorgung versorge Bayern mit bezahlbarem Strom.

Landrat Josef Laumer war nicht sicher, ob die Stromleitung überhaupt gebraucht werde. Allerdings war er sicher, dass die Stromtrasse nicht mehr verhindert werden könne. Seiner Meinung nach sei eine zentrale Energieversorgung das Idealste, aber oftmals würden sich Widerstände regen, wenn es etwa um den Bau von Windrädern gehe.

### „Vorhandene Infrastruktur muss man nutzen“

Landrat Peter Dreier betonte, dass der Landkreis Landshut durch den Endpunkt am bisherigen Kernkraftwerk Isar auch vom Süd-Ost-Link betroffen ist. Man sei sich dessen bewusst und akzeptiere das. Logisch sei es aber, vorhandene Infrastruktur zur Verteilung der Energie zu nutzen, statt irgendwo einen neuen Verteilerpunkt aufzubauen.

Zudem hob er hervor, dass es „mildere“ Verfahren gebe, bei denen nicht gleich monsterhaft vorgegangen werden müsste. Und zwar habe man mit einem Kabelpflugverfahren weltweit schon 400 000 Kilometer Kabel verlegt. Dieses Verfahren sei sehr bodenschonend und flächensparend und zudem wirtschaftlicher.

Diese Methode sei in Holland bereits angewendet worden, warum aber in Deutschland nicht, könne er nicht verstehen. „Wenn man mag, dann geht es“, reklamierte er. „Ich

verstehe nicht, warum die Firma Tennet nicht über das weltweit erprobte und umweltschonende Pflugverfahren nachdenkt.“ Stattdessen würden einen Kilometer breite Korridore geschlagen.

„Bei uns würde die Leitung ein europaweit geschütztes Gebiet queren. Das kann man so nicht akzeptieren“, so Landrat Dreier. 15 Hektar Grund würden bebaut und damit weitere Generationen belastet. „Uns ärgert, dass der Süd-Ost-Link zunächst ein H-Kennzeichen hatte.“ Dies sei weggefallen und es werde auf vier Gigawatt ausgebaut.

Landwirt Josef Scheuerer wies auf das Atomkraftwerk Temelin hin, das weiter aufrüste. „Wir brauchen den Strom, aber wir brauchen unseren Strom, denn damit läge die Wertschöpfung in unserem Land.“ MdB Erhard Grundl von den Grünen sagte, dass er vorbehaltlos „Ja“ zu einer dezentralen Stromversorgung sage. „Da aber die Regierung die Solarförderung deckelt und in Bayern die ‚10H-Regel‘ die Windenergie verhindert hat, ist der Süd-Ost-Link eine zwar schlechte, aber in Konsequenz, nötige Form der Stromversorgung.“

Der leitende Regierungsdirektor a. D. Herbert Wenk berichtete, dass Niederaichbach rechtliche Schritte eingeleitet habe, zumal der Ort besonders betroffen sei. Es habe sich herausgestellt, dass es bei der Planung für die Stromtrasse klare Rechtsverstöße gebe, zudem existierende keine Kosten-Nutzen-Analyse und es seien Normen verletzt worden. Kreisrat Johann Kaltenhauser aus Niederaichbach zeigte andere

Sorgen auf. Denn am Endpunkt der geplanten Stromautobahn sollen Konverteranlagen mit einem Flächenbedarf von bis zu zwölf Hektar den Gleichstrom in Wechselstrom umwandeln.

„Für mich ist das Thema Stromtrasse eigentlich schon vom Tisch, sprich, sie ist nicht mehr zu verhindern“, sagte Geiselhörings Bürgermeister Herbert Lichtinger. Nach wie vor befürworte er, dass eine Stromtrasse entlang der Autobahnen, also hier an der A93 und an der B15 neu, gemacht werde. „Da wären die Einschnitte am geringsten.“ Lichtinger aber wies auch darauf hin, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien, egal ob Wind oder PV, sehr wichtig sei. Allerdings sollten nicht Großkonzerne diese Anlagen betreiben, sondern die Bürger mit einbezogen werden. Bürgergenossenschaften, an denen sich die Bürger auch mit geringen Einlagen beteiligen können, halte er für ein sehr gelungenes Konzept.

### Politiker besichtigten auch andere Stellen der Trasse

Im Anschluss an das Gespräch fuhr man noch zu einigen Stellen, an der die Stromtrasse von Aufhausen kommend weiter in Richtung Landshut geführt wird.

Ein Teil der Politiker begab sich dann nach Brennberg (Kreis Regensburg), um zum gleichen Thema weiter zu diskutieren beziehungsweise sich ein Bild vor Ort zu machen. Auch die Regensburger Landrätin Tanja Schweiger nahm daran teil.